


SPANDAUER SUMMSCHAU

DIE LINKE.

Juli/August 2008





Mitmachen!



radiomultikulti ^{96,3}
muSS **bleiben!**

Helfen Sie durch Ihre Unterschrift!

Der Rundfunk Berlin Brandenburg rbb will zum 31.12.2008 radiomultikulti einstellen!

Wir – eine Initiative von Hörerinnen und Hörern – wollen das verhindern! Wir haben deshalb den FREUNDESKREIS radiomultikulti gegründet.

radiomultikulti steht für Integration – gegen Parallelgesellschaften für Toleranz – gegen Rechtsradikalismus

Damit soll es vorbei sein? NEIN!

Helft mit, die Abschaltung von Deutschlands erster Integrationswelle zu stoppen!

- Unterzeichnet unseren Aufruf!
- Informiert Euch: www.multikulti.eu
- Mischt Euch ein: subscribe@multikulti.eu
- Spendet auf unser Aktionskonto

Werkstatt der Kulturen, Kto-Nr.: 56 85 40 70 29
Berliner Volksbank BLZ: 100 900 00
Kennwort: multikulti



Die Zweite Seite

Inhalt

- Seite 2 Als Erstes war...
 Seite 3 Ein guter Anfang ist gemacht
 Seite 4-5 Bericht aus der BVV
 Seite 6 Gedenken an die Beendigung der Zwangsarbeit in Spandau
 Seite 7 1. Bundesparteitag in Cottbus
 Seite 8 Das neue Berliner Vergabegesetz
 Seite 9 Längeres gemeinsames Lernen in der Gemeinschaftsschule
 Seite 10 1. Klimatagung der Linken in Berlin
 Seite 11 Stop Havelausbau
 Seite 11 Weniger SPD gleich weniger Bahn?
 Seite 12 Danke Irland!
 Seite 13 Afghanische Geschichten
 Seite 15 Burnout als Ausdruck der Entfremdung
 Seite 16 Mitglied werden
 und **WERWIEWASWIESOWESHALBWARUM ...**

Als Erstes war...

Liebe Leserin, lieber Leser,
 im Mittelpunkt des 1. Parteitagstags nach Gründung der LINKEN 2007 stand der Leitantrag des Parteivorstands mit der wichtigen Forderung für ein Investitionsprogramm von 50 Milliarden Euro für Bildung, Gesundheit, Arbeit und Umwelt.

Der Bericht unseres BVV – Verordneten Karheinz Zesch zeigt mal wieder auf, dass die Politik der Zählgemeinschaft nicht zum Wohle der Spandauer Bürgerinnen und Bürger gereicht.

Zum Thema Umwelt haben wir ein paar interessante Beiträge – über die Klimakonferenz der LINKEN in Berlin und Ausblicke zum Havelausbau.

Das Nein der Iren zum Vertrag von Lissabon ist kein Verhängnis, sondern die Chance für ein soziales Europa. Bis dies so weit ist, brauchen wir Gesetze wie das Berliner Vergabeg. Hier ist die LINKE in Berlin trotz des Urteils der EuGH weiter in der Pflicht.

Piotr Łuczak setzt seine Reihe über die verhängnisvolle Beteiligung der Bundesrepublik am schmutzigen Krieg in Afghanistan fort.

Elmar Altvater berichtet über die erfolgreiche Veranstaltungsreihe zum Thema Privatisierung im Rahmen unserer Sozialistischen Bildungsakademie, zu deren Besuch ich Sie herzlich einladen möchte.

Wir setzen die Tradition unserer Berichte über Antifaschistische Aktivitäten in Spandau fort.

Berichten von der im letzten Heft angekündigten Veranstaltung zur Gemeinschaftsschule.

Unsere Glosse darf nicht fehlen.

Und ein Artikel über das Burnout-Syndrom, über das schon der Wissenschaftler Karl Marx etwas zu berichten hatte, rundet unsere kleine Zeitung ab.

Ausserdem wollen wir Sie motivieren, sich mit uns zu engagieren. Zum Beispiel für die Gemeinschaftsschule, den Runden Tisch gegen Rassismus, gegen den Havelausbau oder die Abschaltung von Radio Multikulti.

Und wir würden Sie gerne bei uns begrüßen.

Ihre Redaktion der Spandauer Umschau

Impressum

Herausgeber: **Die LINKE.**
 Bezirksvorstand Berlin-Spandau

Judenstraße 46
 in 13597 Berlin (Altstadt Spandau)
 Tel. 36 43 74 71 – Fax 36 43 74 72

www.die-linke-spandau.de
 eMail: bezirk@die-linke-spandau.de

V.i.S.d.P.: Monika Merk

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 04. Juli 2008

Druck: Auflage: 3.000

Die nächste Ausgabe der Spandauer Umschau
 erscheint am **15. September 2008**

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.

Sozialistische Bildungsakademie Spandau

Ein guter Anfang ist gemacht!

Spandau ist ein Bezirk ohne Hochschule, und daher wohnen dort im Vergleich zu anderen Berliner Bezirken wenig Studierende. Angebote politischer Bildung sind eher knapp. Dies gilt auch für Themen kritischer, linker, sozialistischer Bildung. Doch in der Gesellschaft insge-

gesamt, und so auch in Spandau, wächst die Unzufriedenheit mit der „sozialen Marktwirtschaft“, wie erst jüngst Umfragen ergeben haben. Die Partei „Die Linke“ ist im Aufwind. Viele Menschen fragen, ob nicht radikale Reformen notwendig sind, um die soziale Misere, die gerade im Bezirk Spandau sichtbar ist, einzudämmen oder die großen Aufgaben im Kampf gegen den bedrohlichen Klimawandel oder für die Herstellung von mehr Gerechtigkeit in der Welt anzugehen. Soziale Gerechtigkeit - das schließt auch die Verteidigung öffentlicher Güter ein.

Wer sich viel vornimmt, muss wissen, wo es langgehen soll. Das ist eine alte Erkenntnis aus der politischen Arbeit. Sie ist der Beweggrund bei der „Sozialistischen Bildungsakademie Spandau“, die im Frühjahr 2008 begonnen wurde. Im Salvador-Allende-Laden in der Judenstraße haben zunächst vier Veranstaltungen stattgefunden, die sich alle mit dem Thema der Verteidigung öffentlicher Güter gegen ihre Privatisierung beschäftigten. Das Thema ist außerordentlich wichtig, denn die Privatisierung des Berliner Wassers kommt die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt teuer. Die Bahnprivatisierung ist ein Projekt, das die Regierung mit interessierten Finanzinvestoren vorbereitet, und von dem schon heute gesagt werden kann, dass es den Beschäftigten und den Bahnkunden viele Nachteile bringen wird.

In der ersten Veranstaltung der Reihe ging es um grundlegende Fragen der Privatisierungsmanie und warum öffentliche Güter besser durch die öffentliche Hand bereit gestellt werden und deren Nutzung nicht

mit Hilfe des Marktes nach Kaufkraft der Konsumenten geregelt werden sollten.

Dann referierte David



Hachfeld über die Berliner Wasserprivatisierung. Was waren die Beweggründe dafür, ein eigentlich rentables öffentliches Unternehmen zu privatisieren? Lässt sich die Privatisierung wie in anderen europäischen Städten rückgängig machen und welcher Preis wäre dafür zu zahlen? Zeitgleich mit der Bundestagsentscheidung zur Bahnprivatisierung sprachen in der dritten Veranstaltung der Reihe dazu Winfried Wolf vom Bündnis „Bahn für Alle“

und Dorothee Menzner von der Bundestagsfraktion „Die Linke“. Ihr Urteil über die Bahnprivatisierung war differenziert, aber eindeutig: ein großes Geschäft für Finanzinvestoren, aber verheerend für die Nutzer. In der vierten Veranstaltung der Reihe zog Urs Müller-Plantenberg Lehren aus den Kämpfen der sozialen Bewegung in Lateinamerika gegen Privatisierungen und für die Wiederaneignung der enteigneten öffentlichen Güter.

Die Reihe der Sozialistischen Bildungsakademie Spandau war also eine thematisch gut komponierte Mischung aus Informationen über praktische Beispiele, theoretisch begründeten Einschätzungen, politisch reflektierten möglichen Handlungsperspektiven. Ihr Nutzen für die politische Arbeit der Partei vor Ort, aber auch für interessierte Spandauerinnen und Spandauer war groß; das Bildungsangebot ist auf Resonanz gestoßen. Daher wird die SBS, die im Frühjahr 2008 als Experiment startete, im Herbst fortgesetzt.

Thema: Was kann man heute noch mit der Marx'schen Theorie anfangen?



Sozialistische
Bildungsakademie
Spandau

Elmar Altvater

Neues aus der BVV

Bericht aus der BVV-Sitzung am 21. Mai 2008

Seit der Mai-Sitzung haben wir es mit einer Neuerung in der Gestaltung des Ablaufs der BVV-Sitzungen, die oft bis weit nach Mitternacht dauerten, zu tun. Das neue Verfahren wird bis zur Sommerpause ausprobiert. Gleich blieben die Einwohnerfragestunde und der Block der mündlichen Anfragen. Sowohl die Anträge als auch die Anfragen sind in Blöcke unterteilt. Im ersten Block wird je ein Antrag der SPD, der GAL, der CDU, der FDP, der Grünen und der Partei Die Linke behandelt. Dann folgt der zweite, der dritte und ggf. noch weitere Blöcke. Die Anfragen werden analog den Anträgen behandelt. Alle Anfragen bzw. Anträge eines Blocks, die bis 21:45 Uhr nicht behandelt worden sind, werden schriftlich beantwortet, wobei die Besonderheit gilt, dass die Fragen eines Blocks vollständig noch abgearbeitet werden. Da ich als Verordneter der Partei Die Linke auch weiterhin nur einen Antrag bzw. eine große Anfrage stellen darf, bin ich sowohl bei den Anträgen als auch bei den Anfragen wenigstens immer im ersten Block, d.h. zu einer Zeit, wo noch interessierte BürgerInnen der BVV beiwohnen.

Inhaltlich habe ich zur Mai-Sitzung den Antrag zur Würdigung des „Runden Tisches“ für Demokratie und Toleranz gegen Ausgrenzung, Rassismus, Antisemitismus und Gewalt gestellt. Damit habe ich offensichtlich die Zählgemeinschaft aus CDU, FDP und Grünen in Verlegenheit gebracht.

Die Parteien der Zählgemeinschaft sind auch am „Runden Tisch“ vertreten; übrigens das einzige Gremium im Bezirk, in dem alle Parteien der BVV teilnehmen; wenn auch die der Zählgemeinschaft keinen Hehl daraus machen, dass ihnen das Hauptanliegen - gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit vorzugehen - nicht ausgewogen genug erscheint. Eine Gleichsetzung aller Gewalt verharmlost aber die menschenverachtende rechte Gewalt und relativiert rassistisches, antisemitisches Gedankengut und sorgt dafür letztendlich, dass es hoffähig wird. Daher wunderte es mich nicht, dass die Zählgemeinschaft einen Änderungsantrag einbrachte, in dem sie sich auf eine Resolution aus der BVV im Jahre 2006 bezog, die sich gegen Gewalt allgemein richtete. Der „Runde Tisch“, der - so die Intention - für seine Arbeit besonders hervorgehoben werden sollte und dessen Gedankengut in die

Spandauer Bevölkerung hineingetragen werden sollte, wurde in diesem Änderungsantrag nicht mehr mit einer einzigen Silbe erwähnt. Einwände seitens der SPD und von mir wurden vom BVV-Vorsteher, Herrn Vogt von der CDU, weggewischt. Er legte die Geschäftsordnung der BVV, so wie er mir in der Pause zu verstehen gab, sehr weit aus, damit dieses Husarenstück auch Erfolg haben konnte. Dies ist in meinen Augen aber nichts anderes als die Arroganz der Macht der Zählgemeinschaft. Anmerkung:

In einem Politikseminar an der Uni hätten die Studenten und die Dozenten sicherlich über Machtmissbrauch und Missachtung der Minderheit durch die Mehrheit diskutiert, was in einer Demokratie à la BRD theoretisch nicht gewünscht ist. Leider ist dies in Spandau nur eine akademische Betrachtung und wird in der BVV bei jeder Sitzung ad absurdum geführt.

So leicht geben wir uns aber nicht geschlagen. Zusammen mit GAL und SPD überlegten wir, wie der „Runde Tisch“ doch noch zu seiner Würdigung kommen kann. Wir sind übereinkommen, einen nur geringfügig abgewandelten Text in

die Juni-BVV einzubringen. Im Vorlauf der BVV fanden auch Gespräche mit der Zählgemeinschaft statt. Ist doch unser Anliegen, dass sich alle Parteien gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus aussprechen und so das Gemeinwesen stärken. Herr Hanke, Stadtrat für Bildung und Kultur, habe angeblich gegenüber dem Spandauer Alt-Bürgermeister, Herrn Salomon, erklärt, die CDU wolle den Antrag mittragen. Umso überraschender war es, dass der Spandauer Fraktionsvorsitzende, Herr Meißner, im Ältestenrat erklärte, die CDU bedarf mehr Zeit, um über den Antrag zu befinden. Sie werde in der BVV Ausschussüberweisung beantragen. SPD, GAL und wir, die Partei Die Linke, mussten reagieren und befinden, wie wir mit unserem Antrag weiter umgehen. Wir einigten uns, dass ich zu unserem Antrag in der BVV sprechen werde, das Anliegen nochmals begründe und dann Ausschussüberweisung beantrage. Wir sind uns klar darüber, dass der Antrag so bis nach der Sommerpause auf Eis liegen wird. Wenn die Zählgemeinschaft aber denkt, dass sie den Antrag nach der Sommerpause im Ausschuss ablehnen kann und dann dies sich als Vorlage



Karlheinz Zesch,
Verordneter der Partei **DIE LINKE**.
in der BVV Spandau

zur Kenntnisnahme in der BVV geräuschlos wiederhole, dann täuscht sie sich. Wir werden ggf. die Berliner Presse, Vereine gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und nicht zuletzt die jüdische Gemeinde einladen. Meine Anfrage handelte von der B.-Traven-Schule, die sich als Spandauer Schule auf das Pilotprojekt Gemeinschaftsschule gemeldet hatte. Ich wollte wissen, wie der Bezirk diese Schule unterstützt. Herr Hanke von der CDU, antwortete, dass der Bezirk die Schule nicht finanziell unterstützen wird. Allerdings, wenn der Senat die in Aussicht gestellten 600.000 Euro bereitstelle, werde das Bezirksamt sich nicht dagegen wehren. Auf meine Nachfrage hin, ob der Bezirk die Schule wenigstens ideell unterstütze, bekam ich vom Stadtrat die Antwort: er lehne das Projekt ab und daher käme auch keine Unterstützung. Chancengleichheit und bessere Bildung sind anscheinend - ausgenommen Sonntagsreden - nicht Sache der Zählgemeinschaft.

BVV-Sitzung am 18. Juni 2008

Da ich nur einen Antrag pro Sitzung stellen darf, hatte ich mit meiner Drittelbeteiligung am gemeinsamen Antrag zum „Runden Tisch“ schon mein Antragsrecht verwirkt. Als mündliche Anfrage wollte ich wissen, welche Erkenntnisse das Bezirksamt über die Kontaminierung der Parzellenböden auf Eiswerder hat. Herr Röding als Stadtrat antwortete, eine akute Gefährdung liege nicht vor. Lediglich bei 10 Parzellen dürfen die Böden nicht genutzt werden. Die Kontaminierung von Eiswerder stammt noch aus dem 1. Weltkrieg. Ob inzwischen die Giftstoffe bzw. Kampfstoffe nicht mehr wirken, bleibt wohl Glaubenssache. Ein mulmiges Gefühl bleibt allen Entwarnungen zum Trotz. Meine große Anfrage zielte darauf ab, in Erfahrung zu bringen, wie sich die Umstellung der Lehrervorordnung auf die Spandauer Schulen auswirke. Dieses Thema wurde im Vorfeld berlinweit diskutiert. Insbesondere Schulen mit einem hohen Migrantenanteil befürchten, dass sie bei der Sprachförderung und dem sonderpädagogischen Förderbedarf Nachteile erleiden werden. Viele Schulleiter haben sich bereits zu Wort gemeldet und ihre Befürchtungen für das Schuljahr 2008/2009 zum Ausdruck gebracht. Am Bezirksamt Spandau ist die Diskussion anscheinend vorbeigegangen, will man Herrn Hanke als zuständigen Stadtrat glauben, der sagt, dass dem Bezirk noch keine Erkenntnisse vorliegen und außerdem bewerte das Bezirksamt keine Vorhaben der Schulverwaltung. Anmerkung: seit wann denn dies! - Mir bleibt daher nichts anderes übrig, als dieses Thema im Spätherbst auf Wiedervorlage zu setzen. Das eigentliche Top-Thema,

oder sollte man nicht besser sagen, der eigentliche Skandal in der Juni-Sitzung war eine Beschlussempfehlung aus dem Ausschuss Haushalt und Personal zum Tariflohn bzw. Mindestlohn für Reinigungs-, Wach- und Pförtnerdienste, den seinerzeit die GAL eingebracht hatte und der in den Ausschuss überwiesen und dort abgelehnt wurde und jetzt wieder als Beschlussempfehlung der BVV zur Abstimmung vorlag. Normalerweise werden diese Beschlussempfehlungen durchgewunken bzw. mit wenigen Gegenstimmen angenommen. Diesmal war aber alles anders, weil die GAL namentliche Abstimmung beantragte. Die Zählgemeinschaft lehnte das Anliegen auf Zahlung eines Tariflohns ab. Ihre arbeitnehmerfeindliche Gesinnung liess sich die Zählgemeinschaft auch nicht durch Nennung der Verdienstsummen durcheinanderbringen. So erhalten z.B. Wachpersonal nach dem alten Tarifvertrag 840,00 Euro brutto und Pförtner stattliche 904,00 Euro brutto, wohlgemerkt für eine 40 Stunden Woche. Die Damen und Herren von CDU, FDP und Grauen waren wohl der Meinung, dies sei ein zu hoher Lohn. Leider erfahren die Arbeitnehmer nicht, wie gut es die Spandauer CDU, FDP und die Grauen mit ihnen meinen. Sonst würden vielleicht doch noch viele sich eines besseren besinnen und bei den kommenden Wahlen keiner Partei der Zählgemeinschaft ihre Stimme geben. Dass bei solchen Arbeitsverhältnissen mit diesen Löhnen, die Menschen noch ergänzende Sozialhilfe beantragen müssen, ist eine Schande für unser Land und zeigt wie in der Bundesrepublik Deutschland der gesellschaftliche Reichtum verteilt ist. Damit wenigstens ein bisschen dagegen gesteuert werden kann, ist ein Mindestlohn von 8,00 Euro pro Stunde (Gewerkschaftsforderung 7,50 Euro pro Stunde) zwingend notwendig. Allerdings gibt es so noch lange keine Lohngerechtigkeit; aber diejenigen, die 40 Stunden pro Woche malochen gehen müssen, werden dann nicht noch zusätzlich gedemütigt, in dem sie zum Lebensunterhalt noch ergänzende Sozialhilfe beantragen müssen. Im Zusammenhang von Mindestlöhnen muss ich allerdings auch den Senat ankreiden, dass er seinen ursprünglich guten Weg, nur Aufträge an Firmen zu vergeben, die mindestens einen Lohn von 7,50 Euro zahlen, nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshof verlassen hat. Kritiker werfen dem Senat vor, dass er trotz konstaterter Mängel des Urteilspruchs im vorausseilenden Gehorsam gehandelt habe und den ArbeitnehmerInnen einen Bärendienst erwiesen hat.

Karlheinz Zesch
Verordneter in der BVV Spandau

Antifa

Gedenken an die Beendigung der Zwangsarbeit in Spandau

Am 8. Mai, dem Tag der Befreiung vom Hitlerfaschismus, wurden in einer Gedenkfeier am Mahnmahl zur Erinnerung an die NS-Zwangsarbeit auf dem Gelände des Waldkrankenhauses der vielen tausend Zwangsarbeiter gedacht. Über 40.000 Menschen mussten allein in Spandau unter menschenverachtenden Bedingungen in der Rüstungsindustrie, für Firmen wie Siemens, für die Deutschen-Industrie-Werke, dem Luftfahrtgeräte- und andere Unternehmen und auch in öffentlichen Betrieben, schuften. Etwa 100 Zwangsarbeiterlager bestanden in Spandau. Noch vor einigen Jahren konnten einige der stummen Zeugen, die Baracken dieser Lager, in Hakenfelde gesehen werden. Inzwischen sind sie abgerissen worden.



Der Verein „Zwangsarbeit erinnern e.V.“ lud zu dieser Gedenkfeier und einer anschließenden Veranstaltung zur Erinnerung an die Nazi-Diktatur und die NS-Zwangsarbeit ein. Viele Bürgerinnen und Bürger, Vertreter der Partei DIE LINKE, der SPD, von der GAL Spandau und den Graven sowie sehr viele Schülerinnen und Schüler der Bertolt-Brecht-Oberschule waren dem Aufruf gefolgt.

Als Sprecher wurde der frühere Spandauer Bürgermeister Werner Salomon wieder gewonnen. In seiner Ansprache betonte er mit Blick auf die gefährlichen und erschreckenden rechtsextremistischen Entwicklungen: „Und so sind auch wir in Spandau seit über einem Jahr dabei, im Rahmen eines Runden Tisches gegen Aus-

grenzung, Rassismus, Antisemitismus und Gewalt, für Demokratie und Toleranz zur Wachsamkeit aufzurufen.“ Im Anschluss an die Ansprache legte der Vertreter der Spandauer LINKEN ein Blumengebinde am Mahnmahl nieder.

Die Gedenkfeier wurde mit einem beeindruckenden Vortrag eines Schülers der Bertolt-Brecht-Oberschule über die größtenwahnsinnigen Bauvorhaben der Nazis mit der „Welthauptstadt Germania“ fortgesetzt. Ursprünglich war das Gelände des heutigen Waldkrankenhauses für die Unterkunft der Arbeiter vorgesehen, die die „Große Halle“ für „Germania“ zu errichten hatten. Die Architektur stand wie alle anderen Künste im Dienst der Verkündung ihres Menschen- und Weltbildes, der deutschen „Herrenrasse“ und der Unterordnung der anderen Völker unter das „Großdeutsche Reich“.

Danach führten Schülerinnen und Schüler derselben Schule gemeinsam mit dem Dokumentartheater unter der Leitung von Marina Schubarth ein szenisches Spiel „Erinnerungen für die Zukunft“ auf.

Es war die politische Absicht einiger Bezirkspolitiker, das Mahnmahl zur Erinnerung an die Zwangsarbeit aus dem Zentrum Spandaus und damit aus der Öffentlichkeit zu verbannen.

Diese Rechnung ist nicht aufgegangen, wie die Veranstaltungen seit der Errichtung des Mahnmals im Jahre 2004 zeigen. Aber es muss noch mehr getan werden, um mehr Bürgerinnen und Bürger und auch die anderen Schulen in Spandau zu gewinnen, sich an der Ehrung zu beteiligen. Hier sind die Bezirksverordnetenversammlung und das Bezirksamt gefordert. Hier sollten sich auch der Bezirksbürgermeister Birkholz und der zuständige Bildungsstadtrat Hanke stärker in die Verantwortung nehmen.

Die LINKE Spandau wird mit ihren Mitteln und ihren Möglichkeiten dazu beitragen, dass die Erinnerung wach gehalten wird. Und sie wird alle Versuche bekämpfen, die Verbrechen und das Unrecht, das die deutschen Faschisten in Deutschland und in Europa begangen haben, zu leugnen oder zu verharmlosen.

Jörg Kuhle

1. Bundesparteitag

der LINKEN. am 24/25. Mai 2008 in Cottbus

Am ersten Parteitag der Partei DIE LINKE haben ca. 550 Delegierte teilgenommen. Vor der Messehalle in Cottbus wurden die Parteitagsdelegierten von Mitgliedern der Gewerkschaft ver.di in Empfang genommen, die dort für die berechtigten Forderungen der Beschäftigten des Landes Berlin demonstrierten. Leider erhielten die streikenden Kollegen keine Gelegenheit, auf dem Parteitag zu sprechen. Dies sollten wir künftig besser machen! Die Hoffnungen der bürgerlichen Medien und politischen Gegner, die Linke würde sich auf kontroversen politischen Feldern zerstreuen und ein Bild der Zerrissenheit abgeben, haben sich nicht erfüllt. Die wenig zutreffenden Äußerungen von Katina Schubert, die auf allen Kanälen kolportiert wurden, sollten dies suggerieren. Obwohl Schubert häufig interviewt wurde, so hat sie auf dem Parteitag keine Rolle gespielt. Hier haben die Medien dank Schubert ein falsches Bild vermittelt. Auch der mit viel medialen Aufritt in Szene gesetzte und nicht weiter unterlegte Stasi-Vorwurf gegen Gregor Gysi hat sein Ziel verfehlt. Unbeirrt davon stand im Mittelpunkt des Parteitags der Leitantrag des Parteivorstands, der mit einigen vom Parteivorstand eingearbeiteten Änderungsanträgen mit großer Mehrheit angenommen wurde. Aufgenommen wurde u.a. auch die grundsätzliche Ablehnung von Militäreinsätzen im In- und Ausland. Inhalt des Leitantrags war auch das im Vorfeld unsubstantiiert kritisierte 50 Milliarden – Investitionsprogramm für Bildung, Umwelt, Arbeit und Gesundheit, mit dem die LINKE im Bundestagswahlkampf Profil zeigen kann, nämlich als Umverteilungspartei zugunsten der in Armut lebenden Erwerbslosen und deren Kinder, der ArbeitnehmerInnen, prekär Beschäftigten und RentnerInnen.

Zentrale Aufgaben der Partei bis zur Bundestagswahl 2009 sind:

- **Kampagne für Mindestlohn**
- **Bundeswehr raus aus Afghanistan**
- **sowie der Start der Rentenkampagne: „Gute Arbeit, gute Löhne, gute Renten“, um Altersarmut zu verhindern.**

Die herausragende Rede des Bundesparteitags war die kämpferische wie zuspitzende Rede von Oskar Lafontaine: Lafontaine stellte klar, „...wenn wir uns im Konzert der anderen Parteien behaupten wollen, dann gibt es eine klare Antwort: DIE LINKE braucht ein eigenständiges Profil ... sonst wird sie nicht überleben.“ Er verwies darauf, dass die Partei kein Selbstzweck sei, sondern: „... wir wollen die Lebensbedingungen der Menschen verbessern.“ Es folgt ein Zitat von Rosa Luxemburg: „Gleichheit ohne Freiheit ist Unterdrückung. Und Freiheit ohne Gleichheit ist Ausbeutung. Sie habe eine klare Antwort auf die oft gestellte Frage, was demokratischer Sozialismus ist, gegeben. Demokratischer Sozialismus ist eine Gesellschaft, die auf Freiheit und

Gleichheit gegründet ist, eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Was Gleichheit ohne Freiheit hieß, hätten die Ostdeutschen in der DDR erlebt. Und was Freiheit ohne Gleichheit bedeutet, „...erleben heute die Hartz-IV-Empfänger, die Leiharbeiter, die in Armut lebenden Kinder oder die Verkäuferinnen im Supermarkt, die in Minijobs beschäftigt sind und bis auf die Toilette von Kameras überwacht werden. Das ist Freiheit ohne Gleichheit.“

Lafontaine erklärt, worin das Übel der heutigen Entwicklung besteht: „Die Jagd nach hohen Renditen in Verbindung mit abenteuerlichen Spekulationen auf Wechselkurse, Rohstoffe und Nahrungsmittel bestimmt die Weltwirtschaft. Auf Druck der Finanzinvestoren werden Löhne gesenkt, Arbeitszeiten verlängert, unbezahlte Überstunden geleistet, soziale Leistungen gekappt und längerfristig wirkende Forschungs- und Entwicklungsaufgaben gestrichen.... Und das ist, wenn man so will, die Erklärung für die heutige Entwicklung, für den Fall der Lohnquote, für einen Sachverhalt, den wir in Deutschland noch niemals hatten, dass trotz steigender Realwirtschaft Löhne und Renten fallen“

Er fordert die Delegierten auf, „gegen den Strom zu schwimmen und selbstbewußt die Aufgaben anzugehen“: Dafür erhielt er langanhaltenden Applaus.

Der Antrag zur Familienpolitik mit dem Titel: „Für eine emanzipatorische Familienpolitik“ wurde ebenfalls mit großer Mehrheit angenommen und beinhaltet u.a. den Ausbau kostenloser Ganztagsangebote in öffentlichen Kitas für Kinder aller Schichten und unabhängig vom Erwerbstatus der Eltern. Der Umgang mit der Mindermeinung von Christa Müller (Ehefrau von Lafontaine) war ganz schlechter Stil, unwürdig und auch nicht im Sinne der Mehrheit der Parteitagsdelegierten! Christa Müller hat mit einer beeindruckenden Zivilcourage ihren Antrag vertreten, und dies verdient Respekt.

Als Parteivorsitzende wurden Lothar Bisky mit 81,3 % und Oskar Lafontaine mit 78,5 % bestätigt. Als Vizevorsitzende wurden Katja Kipping, 74,2 %, Halina Wawzyniak, 61,8 %, Ulrike Zerhau, 58,7% und Klaus Ernst, 59,2 % gewählt. Sarah Wagenknecht kandidierte lediglich für den erweiterten Parteivorstand, erhielt 70,5 % und erzielte damit das beste Ergebnis bei den Wahlen auf der Frauenliste. Sarah hat neben Lafontaine die beste Rede gehalten. Was entfesselter Kapitalismus bedeute, könne man im Armutsbericht nachlesen und sie warnt davor sich einreden zu lassen, nur in der Regierung etwas verändern zu können. Parteien, die Hartz IV ins Leben gerufen haben und Politik für die oberen Zehntausend machen, kommen im Bund nicht als Koalitionspartner in Frage.

Bericht von Monika Merk, Parteitagsdelegierte

Gewerkschaft

Das neue Berliner Vergabegesetz und das EuGH-Urteil

Der Berliner Senat hat im März ein neues Vergabegesetz beschlossen, aber nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs zu einem ähnlichen Gesetz in Niedersachsen gleich wieder davon Abstand genommen.

Ein Bündnis der „Arbeitnehmer“ - Zusammenschlüsse der LINKEN (LAG Betrieb & Gewerkschaft) und der SPD (AfA) mit der IG Bauen—Agrar—Umwelt Berlin hat dazu die folgende Stellungnahme abgegeben:

„Angefangen hat es ganz toll. Tariffreue für alle Branchen. Erstes Bundesland mit einem Mindestlohn von 7,50 € bei öffentlichen Aufträgen. Ökologische und soziale Standards waren im Gespräch, ebenso eine Kontrollkommission. Die Gewerkschaften wurden in die Vorgespräche einbezogen. „Rot-rot“, wie man es sich eigentlich vorstellt.

Dann hat man die Kontrollkommission und die Ökologie zurückgestellt, um den Mindestlohn schneller beschließen zu können. Gerade der und die Tariffreue für höhere Löhne wurden vom EuGH verboten, jedenfalls sieht es der Senat so und hat die Berliner Vergabestellen durch ein Rundschreiben informiert, dass „das Berliner Vergabegesetz, soweit es die Abforderung und Kontrolle von Tariffreue- und Mindestentlohnungserklärungen betrifft, nicht angewendet werden darf“.

Wir Gewerkschafter halten den schnellen Rückzug des Senats von seinem frisch beschlossenen Gesetz für juristisch nicht erforderlich und politisch falsch. Das EuGH-Urteil bezieht sich auf einen speziellen Vorgang in Niedersachsen. Ein Mindestlohn bei öffentlichen Aufträgen z.B. ist dort gar nicht Thema.

Natürlich werden Unternehmerverbände und IHK das EuGH-Urteil auch für Berlin als Maßstab betrachten. Aber muss das eine linke Landesregierung genauso sehen? Und sich ohne Widerstand nach einem Urteil richten, das nicht nur die Dienstleistungsfreiheit über die Einhaltung sozialer Kriterien stellt, sondern nach Ansicht von Juristen auch schwerwiegende Fehler enthält?

„Wer kämpft, kann verlieren“ lautet der erste Teil eines oft zitierten Spruchs. Diesem Risiko wollte sich der Senat nicht aussetzen. Damit tritt aber automatisch der

zweite Teil dieses Spruchs in Kraft: „Wer nicht kämpft, hat schon verloren.“

Außer der Verteidigung von Tariffreue und Mindestlohn (das will der Senat nicht) und Widerstand auf juristischer und parlamentarischer Ebene (dauert

lange) kann der Senat das Gesetz auf den anderen Ebenen verbessern. Er sollte auf die Dinge zurückkommen, die anfangs schon im Gespräch waren, z.B. Anweisungen zum Umweltschutz und eine unabhängige Kontrollkommission.“

Am 11. Juni gab es eine öffentliche Veranstaltung dieses Bündnisses bei der IG BAU in Spandau. Wirtschaftsminister Harald Wolf ist nicht gekommen und hat laut seinem Sprecher auch dafür gesorgt, dass kein Anderer aus seiner Senatsverwaltung oder aus der Abgeordnetenhausfraktion daran teilnimmt. Er fand den Ton in der Einladung unpassend; dort war von „vorausleidendem Gehorsam“ die Rede.

Schade, wäre es doch eine Möglichkeit gewesen, den Rückzug des Senats mit guten Argumenten zu erklären. So wurde über den Senat geredet anstatt mit ihm. Wo es immer hieß, die IG BAU wäre die einzige Gewerkschaft, mit der es der Senat noch nicht verdorben hat.



Peter Keibel

Mitglied des Bezirksvorstands der IG BAU Berlin und einer der Sprecher der LAG B&G

Gemeinschaftsschule

Längeres gemeinsames Lernen in der Gemeinschaftsschule

Unter diesem Motto hatten die LINKE Spandau und die SPD Spandau zu einer Diskussionsveranstaltung im April in die B.-Traven-Oberschule im Recklingshauer Weg, eingeladen. Gemeinsam mit dem Schulleiter Harald Kuhn diskutierten der bildungspolitische Sprecher der LINKEN im Abgeordnetenhaus Steffen Zillich und der SPD-Kreisvorsitzende Raed Saleh. Moderiert wurde die Veranstaltung gemeinsam von Karlheinz Zesch, Bezirksverordneter der LINKEN und Christian Haß, Bezirksverordneter der SPD.

Mit großer Lust und entsprechendem Engagement vertrat der Schulleiter, Harald Kuhn, das Projekt der Gemeinschaftsschule. Gemeinsam sollen die Kinder von der ersten Klasse bis zum Schulabschluss lernen, und das ohne „Sitzbleiben“ und ohne Differenzierung zwischen den derzeitigen Zweigen Hauptschule, Realschule und Gymnasium.

Er möchte gemeinsam mit seinem Kollegium dieses wichtige pädagogische Projekt auch in Spandau auf den Weg bringen. Noch sind zu wenige Eltern in das Vorhaben einbezogen. Noch gibt es Vorbehalte, vielfach auch aus Unkenntnis, die in Gesprächen mit den Eltern ausgeräumt werden können.

Alle Diskussionsteilnehmer bedauerten die zu geringe Resonanz der Schülerinnen und Schüler und auch der Eltern auf dieses Angebot, kompetent über die Gemeinschaftsschule informiert zu werden. Der CDU-Bildungsstadtrat Hanke täuscht sich sicherlich, wenn er, wie in der Bezirksverordnetenversammlung im Mai, die zu geringe Beteiligung an dieser Veranstaltung als Beleg für die Haltung der betroffenen Eltern und der Schülerinnen und Schüler ansehen möchte. Er sollte besser die Schulleitung der B.-Traven-Oberschule in

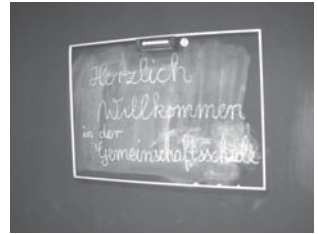
ihrem Bemühen, das Projekt der Gemeinschaftsschule voranzubringen, unterstützen. Ideologische Scheuklappen helfen da überhaupt nicht. Denn das

derzeitige gegliederte Schulsystem ist nicht in der Lage, die gesellschaftliche Ausgrenzung eines großen Teils der Bevölkerung zu beenden und gesellschaftliche Teilhabe und Selbstverwirklichung für alle zu ermöglichen. Die Zuweisung vermeintlich „geeigneter“ Schulformen sollte

beendet werden. Im integrativen Lernen, im bewussten Umgang mit der Unterschiedlichkeit der Schülerinnen und Schüler im gemeinsamen Lernprozess sieht die LINKE eine Chance, von der Kinder mit schwächeren Lernleistungen und schlechteren Lernausgangslagen ebenso profitieren wie leistungsstarke Kinder. So sind auch besondere

Begabungen besser zu entdecken und zielgerichteter zu fördern. Kinder lernen von Kindern am besten und am schnellsten. In einer Gemeinschaftsschule haben solidarische Lern- und Arbeitsformen ebenso ihre Berechtigung wie zusätzliche individuelle Förderung. Zielgerichteter Nachteilsausgleich und individuelle Förderung besonderer Begabungen bedingen einander. In diesem Sinne wird die Spandauer LINKE, gemeinsam mit der Spandauer SPD, die Veranstaltung im April in der B.-Traven-Oberschule als Ansporn betrachten, dabei mitzuhelfen, den Weg zur Gemeinschaftsschule B.-Traven in Spandau freizuräumen.

J.K.



Umweltschutz

1. Klimatagung der Linken in Berlin

Am 7. Juni 2008 fanden sich mehr als 100 Interessierte zur ersten öffentlichen Veranstaltung des Landesverbandes DIE LINKE. Berlin und deren AG Umwelt unter dem Motto „Klimaschutz - Linke Perspektiven für die Zukunft Berlins“ zusammen. Namhafte Experten aus Wirtschaft und Verwaltung, aus Verbänden und Vereinen sowie Medienvertreter, die als Referenten/-innen gewonnen werden konnten, zogen Teilnehmer sogar aus Bremen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg an.

Mit Vorträgen, Podiumsdiskussionen und in fünf Fachforen wurde über den Klimawandel und die daraus erwachsenden globalen Probleme gesprochen. Energie- und Klimaschutzpolitik werden zum Schwerpunkt der Umweltpolitik auch in Berlin. Klimaschutz und Klimafolgemangement können nicht auf später verschoben werden; Nachhaltigkeit als Leitlinie der Stadtpolitik erfordert auch von den Linken eine aktive Klimaschutzpolitik in allen Politikfeldern.

Darauf gingen auch Senatorin Lopscher und Senator Wolf in ihren Einführungsvorträgen ein. Die Lebensqualität in Berlin wird wesentlich von der Umweltqualität bestimmt und kann auf Dauer nur erhalten und verbessert werden, wenn die Stadt ihrer Verantwortung auch im Klimaschutz genügt. Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit sind kein Gegensatz. Die Balance herzustellen und zu wahren ist auch Voraussetzung für eine breite gesellschaftliche Akzeptanz notwendiger Veränderungen. Deshalb muss bei allen umweltpolitischen Forderungen und Aktivitäten auf Sozialverträglichkeit geachtet werden. D.h., dass bei der ökologischen Umgestaltung des Stadtverkehrs die Mobilität Aller gesichert werden muss und auch die notwendige energetische Sanierung von Wohngebäuden nicht zu Lasten der Mieterinnen und Mieter geht. Tarife für Strom, Wärme, Wasser etc. müssen gleichermaßen Anreize zum sparsamen Gebrauch bieten und sozialverträglich sein.

Durch ein neues Berliner Energieeinspargesetz sollen Einsparmaßnahmen bei Neubau und Bestand möglich werden. Mit „Clean Energy“ soll ein 6. Kompetenzfeld der Berliner Wirtschaft eröffnet werden, was neue Arbeitsplätze schaffen soll.

Ein Thema, was sich durch fast alle Programmteile zog, war der von Vattenfall geplante Kraftwerksneubau auf Steinkohlebasis. Dazu gab es von allen Beteiligten ablehnende Äußerungen, insbesondere wegen der Klimaschädlichkeit, der fehlenden technologischen Voraussetzungen für die Abspeicherung von Kohlendioxid und der geplanten Überka-

pazitäten bei der Wärmeerzeugung.

Die Nutzung erneuerbarer Energien muss deutlich ausgeweitet werden. Das Vorhaben der BSR, Biogasanlagen zu errichten, um biogene Abfälle besser zu verwerten, ist ein Beitrag in diese Richtung. Ebenso die Absicht, mehr Dächer mit Solaranlagen auszustatten als bisher. Mit der Genehmigung und Fertigstellung der ersten Windkraftanlagen auf Berliner Stadtgebiet beweisen Politik und Wissenschaft in Berlin, dass frühere Hemmnisse überwunden werden können.

In den Fachforen wurden Themen wie „Wege zur Hauptstadt der erneuerbaren Energien“, „Konzepte für energetische Gebäudesanierung“, „Naturschutz als städtische Herausforderung“, „Verbraucherschutz“ und „Nachhaltige Bildung“ diskutiert. Die vorgestellten Präsentationen der Referenten/-innen waren sehr praxisnah und die Entwicklung neuer Konzepte vielversprechend. Deutlich wurde, dass es, mehr als bisher, Anreizmodelle zum Energiesparen geben muss. Vorschläge wie die Schaffung eines Fonds zum Kauf von energiesparenden Haushaltsgeräten für sozial Schwache oder verbrauchsunabhängige Stufenmodelle bei Energiетarifen stießen auf großes Interesse.

Im Schlusswort von Klaus Lederer, Landesvorsitzender der Linken in Berlin, machte er deutlich, dass die Folgen des Klimawandels längst noch nicht in allen Köpfen angekommen seien. Für die LINKE ist es daher wichtig, dass in der Öffentlichkeit genauso wie in den eigenen Reihen die Frage des Umdenkens künftig eine stärkere Rolle spielen muss. Nur so kann der sozial-ökologische Umbau zur Lösung der Zukunftsfragen angegangen werden.

Für die Aufgabe, die lebensbedrohenden Auswirkungen des Klimawandels zu mindern, bedarf es eines regionalen Klimafolgenmanagements. So erfordern z.B. neue Gesundheitsrisiken, die Gefährdung guter Lebensbedingungen in der Stadt, zunehmende Extremwetterlagen mit negativen Auswirkungen für Infrastruktur und Umwelt, ein integriertes Herangehen. Der in Berlin zahlreich vorhandene externe Sachverstand soll in die Erarbeitung von Analysen, Prognosen und Konzepten einbezogen werden. Nur gemeinsam mit allen gesellschaftlichen Kräften sind die anstehenden Aufgaben für eine nachhaltige Entwicklung Berlins zu bewältigen.

Nach dieser 1. Tagung zum Klimawandel blieben daher noch viele Fragen offen, sodass Folgeveranstaltungen geplant werden.

E.B

Umweltschutz

Havelausbau

- An zwölf „Brennpunkten“ in Berlin und Brandenburg protestierten am Abend des 23. Mai 2008 hunderte Flusschützer mit Fackeln und Lichtern gegen den Ausbau von Havel und Spree. Auch wir waren mit mehreren Genossen und Sympasanten in Klein Venedig dabei.

- Es gibt erst einmal Zeit, Luft zu holen, denn die Abgeordneten der Berliner Regierungsparteien DIE LINKE. und SPD, stimmten dem Antrag zu, sich gegen das Bundesverkehrsprojekt 17, das den Ausbau von Havel und Spree für große Binnenschiffe vorsieht, auszusprechen.

Während der Diskussion im Ausschuss wurde auch noch einmal deutlich, dass der momentane Ausbaustopp an der Spree kein Zeichen dafür ist, dass Verkehrsminister Tiefensee (SPD) von Projekt 17 abrückt. Umso wichtiger ist es, dass durch den Ausschussbeschluss aus Berlin ein klares Zeichen gesetzt wurde.

- „Wir werden unsere Kampagne – Stopp Havelausbau!



– Flussretter zeigen Flagge – weiter fahren, um den Druck auf Verkehrsminister Tiefensee noch zu erhöhen“, so Tilmann Heuser, Landesgeschäftsführer des BUND. Dem Schließen wir uns als LINKE. in Spandau an. Also.

Jetzt Flussretter werden!

<http://www.stoppavelausbau.de>

Mike Gallrach



Glosse

Weniger SPD gleich weniger Bahn?

Der Spandauer SPD-Abgeordnete Swen Schulz hat jüngst gegen den Verkauf der Bahn gestimmt, mit ihm weitere 26 Abgeordnete seiner Fraktion. Wie die gesamte Opposition. Schließlich gibt es da einen SPD-Parteitagbeschluss, die Bahn nicht einfach so zu verkaufen, sondern dass dazu ein neuer Parteitagbeschluss nötig ist. „Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern“, lautet wohl die älteste Politikerweisheit. Der Rest der Koalition aus SPD und CDU/CSU stimmte für den Verkauf von einem Viertel der Anteile der

Transportbereiche (neudeutsch Mobility Logistics AG) der Deutschen Bahn AG an private Geldgeber.

Und kaum war der Beschluss gefasst, schon verkündete SPD-Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee (wieso nennen ihn bloß so viele Flachpfütze?), dass obendrein weitere Teile der Bahn einfach so an Investoren gehen könnten. Gibt es da Rabatttage, Sommerschnäppchen, Totalausverkauf?

Da gibt es diesen alten Witz aus Schülertagen. Was macht denn ein Staubsaugervertreter? Er verkauft Staubsauger. Und ein Volksvertreter? Der Volksvertreter, zumindest der im Bundestag, verkauft nicht nur das Volk, er verkauft die Bahn, unsere Bahn gleich mit.

In den letzten 17 Jahrzehnten oder 170 Jahren wurde die Bahn von Generationen von Eisenbahnern aufgebaut. Wie die SPD auch. Seit Jahrzehnten ist die Bahn quasi im Volkseigentum. Selbst als 1994, als BRD-Bundesbahn und DDR-Reichsbahn zusammengingen und die Behördenbahn zur Aktiengesellschaft wurde, blieben die Anteile der neuen Bahn AG zu 100 Prozent beim Bund. „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“, sagt das Grundgesetz. Es sagt auch, dass die Bahn dem Wohl der Allgemeinheit zu dienen habe. Zwar schätzen Experten den Wert der gesamten Bahn auf



DAS NEUE GEFÄHRT DES HERRN HANSEN

Kostas Koufogiorgos.de

Glosse

180 Milliarden Euro. Der Börsengang genannte Verkauf von einem Viertel der Bahn soll drei bis vier Milliarden bringen. Ein Witz? Nein, ein Schnäppchen für Kapitalisten. Und bei der elektronischen Bucht (ebay) müssten die Leute vor Neid erblassen über solche Superschnäppchen. Und das ist nicht alles.

Zwar sagt die SPD, dass es bei einem Viertel der zu verkaufenden Anteile bleibt. Ach ja die SPD. Drei Prozent weniger für sie, drei Prozent mehr für die LINKEN und die LINKE ist zweitstärkste Partei im Land – laut Umfragen.

Gute alte Tante SPD. Bei der Bahn werden es immer weniger Züge, weniger Strecken, weil das Geld kostet und den Profit, schmälert. Und bei der SPD gibt es auch immer weniger Wähler. Gibt es da einen Zusammenhang? Minus Bahn gleich

Europa

Irland sagt nein zum Vertrag von Lissabon!

Nach dem Nein der Iren herrschte blankes Entsetzen im neoliberalen Lager Europas. Die unsubstantiierte Schelte, die die Iren danach zu erdulden hatten, ist ein Beleg für ein Demokratiedefizit der Neoliberalen – ein Referendum ist zu akzeptieren und nicht in Frage zu stellen! Die Iren wurden nach ihrem „No“ als Antieuropäer verunglimpft. Erwähnt wurde mit keinem Wort: Wäre bei uns ein Referendum durchgeführt worden, so hätten laut einer Umfrage der sicher nicht linkslastigen „Financial Times“ 76 Prozent der Deutschen gegen die Ratifizierung gestimmt sowie in Großbritannien 75, Italien 72, Spanien 65 und Frankreich 63 Prozent.

Der Grund dafür ist, dass der Vertrag von Lissabon der EU eine neue Rechtsgrundlage gibt, und die sieht verkürzt dargestellt so aus:

- Der Vertrag sieht „schnelle Eingreiftruppen“ vor, d.h. sog. Battle groups (Schlachtgruppen) für Kampfeinsätze weltweit (und nicht „nur“ im Kosovo und Afghanistan), sowie die Einführung einer Rüstungsagentur.
- Es gilt „der freie Binnenmarkt mit freiem und unverfälschtem Wettbewerb“. Dies bedeutet Sozialdumping, weil ein Sozialprotokoll, wie nach dem Scheitern der EU-Verfassung, gefordert, nicht beigefügt wurde. Damit korrespondieren auch die arbeitnehmerfeindlichen Urteile des EuGH, die die Grundfreiheiten von Unternehmen Vorrang vor Menschenrechten und sozialen Standards einräumt. Dies ist ein Freibrief für Sozialdumping!
- Keine Beseitigung des Demokratiedefizits, wie z.B.

minus SPD? Und wenn es keine SPD mehr gibt, gibt es dann keine Fernzüge mehr woanders hin wie schon heute nicht nach Rostock, Gera oder Chemnitz? Nur noch Containerzüge, dafür mehr Laster auf Straßen und keine Strecken mehr auf dem flachen Land. Wem wurde die SPD eigentlich verkauft? Auch an ex Schröder Gerhard Kanzler (oder so?), dem (oder der) ja irgendwie Gazprom gehört, und die auch ein Auge auf die Bahn werfen. Verkauft sind wir schon, ist die Frage, wann werden wir alle geliefert sein?

Übrigens, DIE LINKE ist die einzige Partei, die konsequent gegen die Privatisierung unserer Deutschen Bahn eintritt. Ob sie deshalb immer mehr Stimmen kriegt? Bald mehr als die SPD?

MKV



Kostas Koufogiorgos.de

die Rechte des europäischen Parlaments zur Einbringung von eigenen Gesetzesvorhaben, Wahl des Kommissionspräsidenten etc. sind nicht vorgesehen, keine Volksabstimmungen für alle Mitgliedstaaten in wesentlichen Fragen.

Die EU muss anders ausgerichtet werden, als es dieser verhängnisvolle Vertrag von Lissabon festschreiben will. Die EU hat zukunfts offen für die optimalen Lebensbedingungen ihrer Bürger zu sorgen, und zwar ohne Armut, für eine nachhaltige ökologische Politik, gegen militärische Ausrichtung und für eine menschliche Lösung der Migrationsströme. Wir leben alle in einer Welt und nicht in einem reduziertem Kerneuropa, das den Frieden in Europa in Gefahr bringt.

Aus diesen und anderen Gründen: Danke Irland!

Außenpolitik

Afghanische Geschichten

Früher hieß es „Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen“. Was man im Falle Afghanistans lernen könnte, ist dies, dass der Rückzug der Sowjets zumindest ein Sieg der Vernunft war. Allem Anschein nach leiden die Deutschland Beherrschenden an einer gewollten Amnesie, wenn man sich die Dreistigkeit, Verlogenheit und hohle Beratungsresistenz der Bundesregierung in dieser Frage vor Augen führt. Nun könnte man ja sagen, dass die deutschen Kriegsherren und -damen nicht die einzigen sind, die für Geschichte kein Gefühl entwickeln wollen. Zumindest am britischen Beispiel ist zu sehen, wie man es nicht machen darf: In den letzten 170 Jahren versuchten die Briten es immerhin vier Mal, Afghanistan unter ihre Kontrolle zu bringen — jedes Mal mussten sie sich mit blutigen Köpfen zurückziehen und schickten sich nun erneut an, diese Erfahrung zu machen.

In der „Spandauer Umschau“ ist dies nicht der erste Artikel zu diesem Thema. Jedes Mal beim Abfassen eines neuen Artikels verbindet der Autor damit die Hoffnung (sie stirbt ja bekanntlich zuletzt), dass der Spuk dieses Krieges bis zum nächsten Artikel der Serie verblasst, die Besatzungstruppen sich zurückgezogen haben und dem afghanischen Volk durch Hilfe, die den Namen verdient, wieder Hoffnung auf Zukunft gegeben wird. Leider ist das Gegenteil Realität. Die Bundesregierung schickt sich an, noch in diesem Jahr die Truppen am Hindukusch aufzustocken, und entblödet sich nicht, auch weiterhin die Lüge vom zivilen Aufbau unter die Medienmeute zu streuen. Trotz aller Bemühungen, die wahren Interessen für diesen Krieg zu verschleiern, sind konstant 70% der Bevölkerung gegen eine Kriegsbeteiligung der Bundeswehr (Vgl. jW v. 7./8.06.08). Die Grundgesetztreue der überwiegenden Mehrheit des Volkes steht hier gegen den permanenten Verfassungsbruch der breiten Mehrheit der „Volksvertreter“.

Die von der übergroßen Koalition, die von den Grünen über die FDP bis zu den Regierungsparteien reicht, an den Tag gelegte Sturheit, trotz aller Erfahrungen und Widerstände an diesem Krieg nicht nur festzuhalten, sondern ihn auch noch anzuhetzen, hat allerdings scheinbar „rationale“ Hintergründe. Hier seien die Rüstungsaufträge genannt, die in Milliardenhöhe an die

deutsche Rüstungsindustrie vergeben worden sind und für 2009 noch intensiviert werden. An der Spitze der Auftragnehmerseite steht der Rüstungsgigant Rheinmetall AG. Dabei wird sich der „Trend zu rüstungstechnischen Investitionen ... und

der Anteil der militärischen Beschaffungen und Entwicklungsleistungen von 5,3 Milliarden Euro 2007 auf 5,9 Milliarden Euro 2008 erhöhen...“ (Geschäftsbericht Rheinmetall AG 2007). Das Auftragsvolumen allein für die Einsätze von in Afghanistan eingesetzter Kriegstechnik wird auf 1,75 Milliarden Euro beziffert (vgl. ebenda). Mitte Juni 2008 gelang es Rheinmetall, den Zuschlag für die Leitung des Gefechtsübungszentrums Heer (GÜZ) bei Magdeburg (wahrscheinlich als ÖPP-Projekt getarnt) zu aquirieren. Die GÜZ ist die zentrale Trainingseinrichtung des deutschen Heeres. Zuletzt trainierte am GÜZ die deutsche schnelle Eingreiftruppe für die Kämpfe in Afghanistan (vgl. GFP v. 15.06.2008). Für die 6-jährige Laufzeit des Vertrages werden 100 Millionen Euro bereit gestellt, die allerdings „vom Nutzungsumfang abhängig sind...“ (Realitätsnahe und effiziente Ausbildung der Streitkräfte; www.rheinmetall.de 30.05.2008). Der Nutzungsumfang und damit auch die Gewinne ergeben sich also, wie bei der gesamten Produktionpalette von Rheinmetall, aus der Einsatzhäufigkeit und -intensität der Bundeswehr, besonders in Afghanistan. Somit ist der Krieg in Afghanistan der Garant für weitergehende Bombengeschäfte von Rheinmetall u.a. Diese Konzerne werden alles in ihrer Macht Stehende tun, um Frieden in dieser Region der Welt zu verhindern. Gerade deshalb bleiben wir dabei: Bundeswehr raus aus Afghanistan!“

Piotr Łuczak

In der nächsten „Spandauer Umschau“: Ein kurzer Lehrgang der Ökonomie des Afghanistan-Krieges.



Arbeitswelt

Burnout als Ausdruck der Entfremdung

Expertin entdeckt neue Gründe des Burnout-Syndroms
Neulich viel mir ein interessanter Hinweis in der Apothekenumschau ins Auge: Darin wird auf einen Bericht der Wirtschaftswissenschaftlerin Frau Lisbeth Jerich vom Institut für Organisations- und Personalmanagement der Universität Graz hingewiesen, die in ihrer Dissertation neue Erkenntnisse über die sogenannte Burnout-Krankheit beschreibt. Das Burnout-Syndrom hänge laut der Expertin in erster Linie mit der Entfremdung im Arbeitsprozess zusammen. Da ich über „Entfremdung“ bislang nur bei Karl Marx gelesen hatte, musste ich im Internet genauer nach der Expertin Lisbeth Jerich „googlen“.

Das Online-Lexikon Wikipedia definiert das Burnout-Syndrom wie folgt:

„Ausgebranntsein – oder Burnout-Syndrom (engl. (to) burn out: „ausbrennen“) – bezeichnet eine besonders ausgeprägte berufliche und/oder familiäre Erschöpfung. Ständige Frustration, das Nichterreichen eines Zieles, zu hohe persönliche Erwartungen an eigene Leistungen, Überlastungen etc. können erschöpfen. Das Burnout-Syndrom ist vielfältig und individuell in Auftreten und Ausmaß: Erschöpfung und Niedergeschlagenheit, aber auch körperliche Beschwerden wie Schlafstörungen, Kopfschmerzen, Magenkrämpfe oder körperliche Dysfunktionen. Typisch sind auch Schuldgefühle oder Versagensängste. Der „Ausgebrannte“ erlebt seine Umwelt im allgemeinen als nicht mehr kontrollierbar und zieht sich eher in sich zurück, ohne eventuelle Hilfe (von Verwandten oder Freunden) anzunehmen. Notwendiger erster Schritt ist die sofortige Verringerung der Belastung.“

Unter „www.krankenkassenratgeber.de/news/gesundheit/burnout-durch-entfremdung-als-gesellschaftliches-problem5.html“ wurde ich fündig. Man kann dort folgendes lesen:

„Burnout durch Entfremdung als gesellschaftliches Problem: In den vergangenen 20 bis 30 Jahren hat sich die Situation am Arbeitsmarkt stark verändert. Der Leistungsdruck im Kapitalismus und die Ausbeutung sorgen dafür, dass immer mehr Menschen an Burnout leiden.“ Die Entfremdung sieht Lisbeth Jerich als eine

der Hauptursachen der Erkrankung, die sie in ihrer Dissertation an der Universität Graz unter die Lupe genommen hat.

„Lediglich der Stress, der vom Entfremdungsaspekt ausgeht, führt zum Burnout“, so die Wirtschaftswissenschaftlerin. Dabei spiele die Beziehung der Menschen zu ihrer Arbeit eine große Rolle. „Waren es vor rund 30 Jahren noch in erster Linie idealistische Bestrebungen, die für die Hinwendung zu einer bestimmten Arbeit verantwortlich waren, so sind es heute eher eigennützige Motive, wie das Streben nach Geld, Macht und Prestige“, erklärt Jerich. Das sollte man sich doch für das nächste Gespräch beim Jobvermittler vormerken: „Der von Ihnen vorgeschlagene Job verträgt sich nicht mit meinen idealistischen Bestrebungen für die Hinwendung zu einer bestimmten Arbeit.“



„Sei doch froh, dass Du überhaupt (noch) eine Arbeit hast!“

Aber weiter im Text des Krankenkassenratgebers. Zitat: „Die Suche nach der Selbstverwirklichung bleibt zunehmend auf der Strecke. Das führt zu einem verstärkten Wertekonflikt und daraus resultierend zu einer inneren Gleichgültigkeit, eine Sinnleere und bloßem Materialismus.“

Die Folge davon sind Entfremdungsgefühle gegenüber der Arbeit und den Kollegen. Für Jerich ist der Verlust dieser Ideale gesellschaftliche Hauptursache von Burnouts.

Der Wandel der Wirtschaft hat seine Spuren auch im zwischenmenschlichen Bereich hinterlassen. „Denn Burnout ist nicht nur Ausdruck der Entfremdung von

Arbeitswelt

der Arbeit, sondern vor allem auch von den Kollegen.“ Das Arbeitsklima in so genannten „modernen Unternehmen“ sei oft durch systematische Schikanen gekennzeichnet. Konkurrenzorientiertes Klima – mit hohem Leistungsdruck, drohendem Arbeitsplatzabbau oder Reorganisationsmaßnahmen kommen noch hinzu. „Mobbing am Arbeitsplatz und eine schlechte Arbeitsatmosphäre gehen Hand in Hand“, erklärt die Expertin.

Durch den immer größeren Druck der Unternehmen, die Gewinne zu maximieren, gebe es Konzepte wie „Re-engineering“; „Downsizing“ und „Lean Management“. „Aber genau solche Rationalisierungsbestrebungen machen die immer lauter werdenden Forderungen nach einer Humanisierung der Arbeit schwierig.“ Dabei steht Jerich den steilen Hierarchien sehr kritisch gegenüber. „Im Management-Bereich herrscht vielerorts immer noch tiefste Steinzeit. Zudem funktioniert die Kommunikation in vielen Unternehmen schlecht bis gar nicht“, urteilt die Forscherin, die das Human Resources Management beim Steuerberatungs- und Wirtschaftsprüfungsunternehmen TPA-Horwath <http://www.tpa-horwath.com> leitet.

„Natürlich gibt es Menschen, die durch bestimmte Persönlichkeitsmerkmale eher zu Burnouts neigen als andere“, meint Jerich. Allerdings können diese Merkmale nicht als Auslöser angesehen werden. Gesellschaftliche, institutionelle und interpersonelle Faktoren spielen immer eine Rolle. „Tatsache ist jedoch, dass im Prinzip jeder Burnout-gefährdet ist“, so Jerich abschließend im presstext-Interview. Zitat Ende.

Bereits 1844 schrieb der Wirtschaftsexperte Karl Marx in den Ökonomisch-Philosophischen Manuskripten:

„Die wichtigste Tätigkeit des Menschen ist die Arbeit. Da im Kapitalismus die Produktionsmittel (und damit auch die Produkte) den Kapitalisten gehören, entfremdet sich der Lohnarbeiter von seiner ursprünglichen Tätigkeit; er wird gerade durch diese (Lohn-)arbeit unterdrückt“.

„...dass die Arbeit dem Arbeiter äußerlich ist, d.h. nicht zu seinem Wesen gehört, dass er sich daher in seiner Arbeit nicht bejaht, sondern verneint, nicht wohl, sondern unglücklich fühlt, keine freie physische und geistige Energie entwickelt, sondern seine Physis ab-

kasteit und seinen Geist ruiniert. Der Arbeiter fühlt sich daher erst außer der Arbeit bei sich und in der Arbeit außer sich. Zu Hause ist er, wenn er nicht arbeitet, und weil er arbeitet, ist er nicht zu Haus. Seine Arbeit ist daher nicht freiwillig, sondern gezwungen, Zwangsarbeit. Sie ist daher nicht die Befriedigung eines Bedürfnisses, sondern sie ist nur ein Mittel, um Bedürfnisse außer ihr zu befriedigen. [...]“

„Die Produktionsmittel verwandelten sich sofort in Mittel zur Einsaugung fremder Arbeit. Es ist nicht mehr der Arbeiter, der die Produktionsmittel anwendet, sondern es sind die Produktionsmittel, die den Arbeiter anwenden. Statt von ihm als stoffliche Elemente seiner produktiven Tätigkeit verzehrt zu werden, verzehren sie ihn als Ferment ihres eignen Lebensprozesses, und der Lebensprozess des Kapitals besteht nur in seiner Bewegung als sich selbst verwertender Wert.“ (Das Kapital) Karl Marx hatte einen Lösungsvorschlag: Die Produktionsmittel müssten in den Besitz der arbeitenden



Kostas Koufogiorgos.de

Menschen gelangen, damit man demokratisch über die Produktion(sweise) bestimmen kann. Vielleicht reicht das nicht aus für eine wirklich funktionierende Wirtschaftsdemokratie, Voraussetzung ist es aber sehr wohl. Denn die eigentliche Ursache der Probleme im Kapitalismus ist weiterhin der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Arbeitsteilung und privatem Eigentum an den Produktionsmitteln. In einer Zeit, in der die kapitalistische Weltwirtschaft immer eklatanter gegen menschliche Vernunft und wissenschaftliche Erkenntnisse verstößt und trotz hoher Produktivität wieder zunehmend unsere Existenz gefährdet, ist eine Demokratisierung der Wirtschaft umso dringlicher!

AK

WER WIE WAS WIE SO WESHALB WARUM WANN WO WER WIE WAS

jeden Do. 18:30 Uhr **dieLinksjugend[solid].** Spandau trifft sich im Laden in der Jüdenstraße.

13.07.08 11:00 Uhr bis 19:00 Uhr **Havelbadetag 2008**
am Trebelsee in Schmergow, Havelbaden für den Erhalt unserer Flusslandschaften
Ein Tag rund ums Wasser... Radtouren zum Havelbadetag **Tour I:** Treff 09.00 Uhr in Berlin - S-Bahn-Servicepoint Washingtonplatz, Fahrt mit dem RE 1 nach Brandenburg Treff Brandenburg Hauptbahnhof: 10.30 Uhr Nach einer Stadtführung durch die Domstadt geht es auf dem neuen Havelradweg nach Schmergow Rückfahrt auf dem Havelradweg nach Werder (Tour ca. 40 km) **Tour II:** Treffpunkt: 09.45 Uhr in Potsdam am Deserteur-Denkmal, Platz der Einheit und 11.00 Uhr am Bahnhof Werder, Fahrt auf dem neuen Havelradweg nach Schmergow (Tour ca. 30 km)

25.07.08 19:00 Uhr **Stammtisch**
Casino des 1. FC Spandau 06 am Ziegelhof

11.08.08 19:00 Uhr **Mitgliederversammlung** der Bezirksorganisation Spandau, Roter Laden »Salvador Allende« Jüdenstraße 46

14.07.08 18:00 Uhr **AG Kommunales** der Bezirksorganisation Spandau,

23.08.08 **Sommerfest in „Klein-Venedig“ auf den Tiefwerder Wiesen**
Der Verein der Freunde Klein-Venedigs e.V. veranstaltet am 23. August ein Sommerfest in den Tiefwerder Wiesen mit Podiumsdiskussion zum Havelausbau.

29.08.08 19:00 Uhr **Stammtisch**
Casino des 1. FC Spandau 06 am Ziegelhof

Die Termine für die beiden Veranstaltungen im September sind noch in der Beratung, Ihr findet sie demnächst auf unserer Internetseite:

19:00 Uhr **Sozialistische Bildungsakademie Spandau**
Roter Laden »Salvador Allende« Jüdenstraße 46

19:00 Uhr **Mitgliederversammlung** der Bezirksorganisation Spandau, Roter Laden »Salvador Allende« Jüdenstraße 46

07.10.08 19:00 Uhr **Mitgliederversammlung** der Bezirksorganisation Spandau, unser Gast ist Ulrich Maurer MdB Thema: „Parteiaufbau/Mach mit in der Linken“, Roter Laden »Salvador Allende« Jüdenstraße 46



Jetzt Mitglied werden! Mitmachen und einmischen!
Für einen gesetzlichen Mindestlohn. Gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr. Für einen wirklichen Klimaschutz. Hotline 030/24009 555 oder im Internet unter mitglied.die-linke.de

Frau <input type="checkbox"/> Herr <input type="checkbox"/> Name, Vorname	
Geburtsdatum	Beruf
Straße, Hausnummer	
PLZ	Ort
Telefon	
E-Mail	
Datum, Unterschrift	

Ausfüllen und per Post oder per Fax an 030/24009 480

oder Roter Laden »Salvador Allende«
Jüdenstraße 46 in 13597 Berlin (Altstadt Spandau)
Telefon: 36 43 74 71 mail: bezirk@die-linke-spandau.de
Öffnungszeiten: Di 12-16 Uhr / Do 12-16 Uhr